Der oberschlesische Wanderer.

(Oberschlesische Zeitung)

Gegründet 1828.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugs-Preis bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, im Voraus zahlbar; bei den Postanstalten viertelj. 1,80 Mk. Probenummern kostenfrei.

Einrückungsgebühr für den Raum der Kleinzeile 3:50 mm im Anzeigentheil 20 Pf., (Stellenanz. 15 Pf., Wohnungsanz. baar 10 Pfg.; für die Empfehlungszeile 3:100 mm. 60 Pfg.; Beilagengebühr 5,00 Mk. für das Tausend. Belagnummer 10 Pfg.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirkes, bewährtestes Anzeigenblatt.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Jeden Sonntag: achtseitiges „Illustriertes Sonntagsblatt" als Beilage.

Geschäftsstellen: Gleiwitz, Kirchplatz 1, Zabrze, Bahnhofstraße 2.

Fernsprechanschluß: Amt Gleiwitz Nr. 16. Telegr. Wanderer Gleiwitz.

No. 289. Gleiwitz, Freitag, den 14. Dezember 1900. 73. Jahrgang.

Die Ereignisse in China.

Nach einem augenscheinlich stark gefärbten russischen Berichte aus Tientsin, der unterm 9. über Wladiwostok an ein Petersburger Blatt telegraphirt wurde, wäre die gegenwärtige politische Lage in China äußerst räthselhaft und unbefriedigend. Das durch die Tage der russischen Truppen unterworfene Land wolle Frieden und habe darum gebeten. Die Mehrheit der Verbündeten habe jedoch Li-Hung-Tschang auf jede Art gehindert, die Verhandlungen zu eröffnen. Graf Waldersee sei als Triumphator in Peking eingerückt und anmaßend traten deutsche auf die Knochen russischer Soldaten. (!) Das chinesische Volk werde durch sie bedrängt und fühle sich beleidigt. Die Gährung erwachte neuerdings, und als nach der Mißernte und der Verwüstung noch ein strenger Winter und Mangel an Nahrungsmitteln folgten, eröffneten hinterlistige Rassen wieder die Angriffe auf die verhaßten Ankömmlinge, um sie zu vertilgen. Die Verbindungswege seien sehr schlecht, und das Einfrieren der Flüsse hätte eine gänzliche Abgeschlossenheit zur Folge. Während die deutsche Politik Rache und Verwüstung schnaube (!), suchen auch die Chinesen hartnäckig einer friedlichen Lösung umsomehr aus, als selbst die an China wenig betheiligten Oesterreicher und Italiener Shylock's Procente zu nehmen wünschen. Die Stimmung sei eine äußerst gedrückte, und der unwissende Pöbel, in Verbindung mit den überall herumstreichenden inländischen marodirenden Soldaten, sei fähig, eine Wiederholung der Pekinger Belagerung in großem Maßstabe hervorzurufen. Die Bevölkerung verheimliche viele Waffen, und den Verbündeten werde es, selbst wenn kein Aufstand folge, fast unmöglich sein, sich bis zum Frühling zu ernähren. In Shanghai drohe fast täglich Verwirrung, besonders wenn die dem Chinesen so verhaßten Sepoys nicht nach Süden abgingen. Die Vizekönige am Yangtse zahlten ihre Truppen nicht mehr. In Hankau drohte unzweifelhaft Gefahr. Die Engländer würden übrigens sehr gern den Untergang des russischen Theehandels sehen und ihn durch ihren Thee aus Ceylon ersetzen. Das Wasser in allen Flüssen sei äußerst niedrig und die russischen Kanonenboote könnten nicht dahin abgesendet werden. Der Dezember und der Januar könnten den Mächten im fernen Osten schreckliche Ueberraschungen bringen. Die Chinesen säumten davon, ihr Neujahr zu feiern, nachdem sie mit den Fremden rauhsam abgerechnet haben werden. — Daß in China nicht Alles glatt vor sich geht wie manche Leute es sich dachten, ist natürlich, doch glauben wir, daß ein Grund zu solch ernsten Befürchtungen, wie sie hier ausgedrückt sind, nicht vorliegt. Man merkt zu sehr die Absicht und wird daher — verstimmt.

Nach einem amerikanischen Bericht aus Peking erklärten in der am Montag abgehaltenen Versammlung der Gesandten, als der Berathung der Frage galt, ob Li-Hung-Tschang und Tsching vom Hofe zur Führung von Friedensunterhandlungen bevollmächtigt seien, einige Gesandte, sie seien ermächtigt, mit beiden als Vertreter Chinas zu unterhandeln. Andere sagten, sie hätten noch keine Instruktionen darüber. Indessen beschlossen alle Gesandten, wenn sie nicht gegentheilige Anweisungen erhalten, die Verhandlungen mit Li-Hung-Tschang und Tsching zu eröffnen, bald dem englischen Gesandten die Instruktion, sich der gemeinsamen Note anzuschließen, zugegangen sei. Li-Hung-Tschang brachte am Montag General Chaffee und sagte ihm, seine Vollmachten zur Unterhandlung mit den Gesandten seien zwar nur telegraphische, aber absolut vollständig. Am Montag fand eine Versammlung der vorläufigen Stadtverwaltung von Peking statt, in der die Vereinigten Staaten durch Hauptmann Woods vom 9. Infanterie-Regiment vertreten waren. Alle Regierungen traten dem Plane betreffend die Stadtverwaltung bei, mit Ausnahme der Franzosen, die darauf bestehen, daß das ihnen unterstehende Gebiet davon ausgenommen sein solle. Eine Anzahl Unterausschüsse wurden eingesetzt. Mehrere hohe chinesische Beamte sprachen den Wunsch aus, bei den Arbeiten der Ausschüsse mitzuhelfen. Obgleich zu Mitgliedern des Verwaltungsausschusses Armeeoffiziere ernannt sind, ist es der Wunsch der Generale, daß die Verwaltung so viel als möglich Civilverwaltung werden solle.

Das englische Kriegsamt ist in großer Verlegenheit über den Zustand der indischen Regimenter, die sich in China befinden. Die Mannschaften zeigen sich nach den Berichten der englischen Kommandanten als durchaus unfähig, das winterliche Klima in China zu ertragen. Es ist deshalb bei dem Vizekönig von Indien, Lord Curzon, angefragt worden, ob es möglich wäre, wenigstens die Hälfte der Truppen durch Regimenter aus den Gebirgsstämmen der nordwestlichen indischen Grenzbezirke zu ersetzen.

Deutsches Reich.

Gleiwitz, den 12. Dezember 1900.

Der Kaiser hörte gestern Vormittag im Auswärtigen Amte den Vortrag des Reichskanzlers Grafen Bülow und darauf im Schlosse Bellevue des Hausministers v. Wedell und des Chefs des Civilkabinets von Lucanus. Heute vormittag trifft der Kaiser in Hannover ein. Die Garnison hat Befehl erhalten, auf dem Waterlooplatze Aufstellung zur Parade zu nehmen.

Prinz Joachim, der jüngste Sohn des Kaiserpaares, vollendet am 17. Dezbr. sein zehntes Lebensjahr. Aus diesem Anlaß wird er an jenem Tage als Offizier in die Armee eingestellt und zwar nach alter Hohenzollernsitte in das erste Garde-Regiment zu Potsdam. Den feierlichen Akt vollzieht der Kaiser persönlich, sodann er nach der Hofjagd bei Spriage nach Potsdam zurückgekehrt sein wird.

Baugewerbe und Streikklausel. Die „Berliner Correspondenz" macht auf die Agitation in Kreisen des Baugewerbes hin, die wünschen, in die Verträge eine Streikklausel einzufügen; dieser Wunsch sei auch von den betheiligten Centralbehörden in Preußen und im Reich berathen worden. Der Arbeitsminister erkläre es nun in einem Erlaß an den Vorstand der Bauzgeschäfte in Berlin für nicht mit den Staatsinteressen vereinbar, jenen Wünschen in der beantragten Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Der Minister behalte sich vielmehr von Fall zu Fall vor, zu entscheiden, inwieweit die Arbeitnehmer oder die Sperre der Arbeitgeber gerechtfertigten Anlaß bieten, die Unternehmer von ihren vertraglichen Verpflichtungen zu entbinden, eine Fristverlängerung zu gewähren oder die verwirkte Conventionalstrafe nachzulassen. Die Behörden sollen jedoch möglichst an ihrer seitherigen Praxis festhalten und den durch unverschuldete Arbeitskämpfe hervorgerufenen besonderen Verhältnissen Rechnung tragen.

Erholungsstätten für Kranke. Ueber die Einrichtung von Erholungsstätten für Kranke bei Berlin, wie eine solche während des letzten Sommers durch den Volksheilstättenverein vom Rothen Kreuz in der Jungfernhaide mit Erfolg in Betrieb gesetzt war, fanden im Kultusministerium unter Vorsitz der Frau Staatsminister Studt eingehende Berathungen statt. Der erwähnte Versuch hat ergeben, daß solche Erholungsstätten, insbesondere für die Rekonvalescentenpflege, ein Bedürfniß sind, und es wurde beschlossen, im nächsten Jahre möglichst an verschiedenen Stellen der Umgebung Berlins ähnliche Einrichtungen zu treffen.

Der Streu- und Futtermangel. Die anhaltende Trockenheit des vergangenen Sommers hat in einzelnen Theilen Preußens einen empfindlichen Mangel an Streu- und Futtermitteln zur Folge gehabt. Zur Milderung des dadurch eingetretenen und in noch schärferem Grade für den Spätwinter und das Frühjahr zu befürchtenden Nothstandes ist bei dem Landwirthschaftsminister verschiedentlich beantragt worden, für den Bezug von Torfstreu, Torfmull, Stroh, Heu und künstlichen Düngemitteln Ermäßigungen der tarifmäßigen Frachten zu gewähren. Daraufhin ist an die Regierungs-Präsidenten das Ersuchen ergangen, zu prüfen, ob in den einzelnen Regierungs-Bezirken bezw. für welche Kreise ähnliche Verhältnisse vorliegen und inwieweit für diese die Voraussetzungen als vorhanden erachtet werden, unter denen die Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe des Staates durch Herabsetzung der Eisenbahnfrachten bezw. in welcher Höhe und für welche landwirthschaftlichen Bedarfsartikel gerechtfertigt erscheint, sowie in welcher Weise erforderlichen Falles das Versandt- und Empfangsgebiet abzugrenzen sein möchte.

Ein Protest der Berliner Polen. Eine von 2000 Polen besuchte Versammlung in Berlin beschäftigte sich mit der angeblichen Zurücksetzung des polnischen Elements in der Hauptstadt. Der Mangel polnischer Gottesdienste und Predigten in Berlin und dessen Umgebung bildete den Gegenstand lebhafter Beschwerde. Mit großer Mehrheit wurde eine Erklärung beschlossen, in der folgende Forderungen aufgestellt werden: Einführung polnischer Gottesdienste und Predigten in jeder Parochie soweit nur irgend angängig; Durchführung geistlicher Amtshandlungen, wie Taufen, Trauungen usw., in polnischer Sprache, falls dies von den Betheiligten gewünscht wird.

Wegen Majestätsbeleidigung ist ein Berliner Gymnasiast, ein „Quintane", vom Königl. Wilhelms-Gymnasium verwiesen worden; zugleich ordnete der Kultusminister an, daß der Junge an keinem anderen preußischen Gymnasium aufgenommen werden darf. Die Majestätsbeleidigung war in einer Aeußerung über das Breslauer „Attentat" gefunden worden.

Kein neues Gewehr. Die Nachricht, daß mit einem neuen, von einem Norweger erfundenen Gewehr bei einer Division des 10. Armeekorps umfassende Versuche stattfänden, wird heute bereits dementirt. Es wird nur zugegeben, daß in Spandau fortgesetzt alle neuen Systeme erprobt werden. Die deutsche Armee verbleibe aber vor der Hand ruhig bei Gewehr M. 98.

Reichstag.

18. Sitzung vom 12. Dezember. 1 Uhr.

Das Haus setzt bei schwachem Besuch die Etatsberathung fort.

Abg. Rickert bestreitet eine schlechte Finanzlage, fordert eine größere Bethätigung der Weltpolitik und tritt im Zusammenhang damit für den neuen Handelsvertrag ein. Dabei griff er die Thätigkeit des Bundes der Landwirthe an und meinte, die Klagen über landwirthschaftliche Noth seien unbegründet, dahinter stecke nur agrarische Begehrlichkeit.

Kriegsminister von Goßler erwidert auf die Anzapfung Bebels, daß die Einführung eines neuen Gewehres nicht beabsichtigt sei.

Abg. v. Glebocki (Pole) verbreitet sich über die Vorgänge bei der Wahl in Meseritz-Bomst und hält das Vorgehen des Erzbischofs v. Stablewski für durchaus korrekt.

Abg. Graf Schwerin (kons.) tritt in längeren Ausführungen Rickert entgegen. Die Nothlage der Landwirthschaft werde von allen Seiten anerkannt und ihr müsse in den Handelsverträgen ein größerer Schutzzoll zutheil werden, wenn anders sie nicht zu Grunde gehen soll. Er erinnerte daran, daß die Regierung selbst diesen Schutzzoll verheißen habe und daß es von geradezu unheilvoller Wirkung sein würde, wollte sie ihr Versprechen nicht einlösen. Zum Schluß besprach Redner den neuen Zolltarif und richtete an die Regierung das Ersuchen, die Vorlage so schnell als möglich an den Reichstag gelangen zu lassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Hasse (nl.) wandte sich gegen Richter, der die Krüger-Frage mit einem schlecht angebrachten Witze habe abthun wollen. Er freue sich, daß fast die ganze Presse, auch die alldeutsche, in der Krüger-Frage seinen Standpunkt theile. Die „Kölnische Zeitung" mache davon allerdings eine Ausnahme. Das sei aber so ein weitermendisches Blatt, daß er nur bedauern könne, daß auch der neue Reichskanzler dieses Blatt zu seinem Sprachrohr gemacht. Er freue sich, dem Präsidenten Krüger die Adresse des Alldeutschen Verbandes habe überreichen dürfen. Redner wendete sich sodann gegen die Ausführungen des Reichskanzlers vom Montag. Thatsächlich habe Deutschland nicht Neutralität geübt. Niemand denke daran, zum Kriege gegen England zu hetzen. Eine andere Behandlung Krügers würde unsere Beziehungen zu England nicht erschüttert haben. Was nützt unsere Weltpolitik, was nützen alle Ausgaben für koloniale Zwecke, wenn man an einer Stelle mit einem Federstriche alles niederwirft. In Köln sei Krüger besser empfangen worden als jemals ein König und ein Kaiser. (Lärm links.) In München und Braunschweig sei es ebenso gewesen.

Reichskanzler Graf v. Bülow erklärt es für seine Pflicht, sich lediglich von der Staatsraison leiten zu lassen. Während Dr. Hasse munter in den blauen Wellen des Oceans der Konjekturalpolitik herumplätschert, muß ich auf der terra firma bleiben. Wenn Abg. Hasse die Verhältnisse in Europa so genau kennen würde wie ich, dann würde er wohl dieselbe Politik machen wie ich. Es war für uns überraschend, daß Präsident Krüger nach Berlin kommen wollte, wir erfuhren erst 24—48 Stunden vor dem Antritt davon, und haben durch Dr. Leyds in der allerhöflichsten und allerverbindlichsten Weise mittheilen lassen, daß der Kaiser durch seine Dispositionen behindert sei, zur Zeit den Präsidenten Krüger zu empfangen. Dasselbe wurde ihm in der allerrücksichtsvollsten Weise in Köln mitgetheilt, als die Reise trotzdem stattfand. Ueberrumpeln und vergewaltigen lassen wir uns nicht. Wenn Abg. Bebel sagte, unsere Haltung sei erfolgt mit Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Trägers der Krone zum englischen Hofe, so erkläre er, Bülow, daß weder vom englischen Hofe, noch von der englischen Regierung irgend ein Wunsch oder dergleichen an uns herangetreten sei. Für unseren Kaiser sind nur nationale Gesichtspunkte maßgebend, wenn irgend andere Beziehungen maßgebend wären, wenn verwandtschaftliche Rücksichten beim Kaiser bei Regierungshandlungen in Frage kämen, so würde ich nicht einen Tag länger Minister sein. (Lebh. Beifall.) Das englische Abkommen, von dem Herr Hasse spricht, hat mit diesen Dingen nichts zu thun. Wir haben uns zur Geheimhaltung desselben verpflichtet, bis gewisse Eventualitäten eintreten. Ich kann nur sagen, die Zeit wird es lehren, daß es unser Interesse wahrt. Man hält uns das Telegramm des Kaisers an Krüger von 1896 vor, aber man vergißt dabei, daß es sich damals um einen Flibustierzug und nicht um einen Krieg handelte. Ich denke nicht daran, das Telegramm zu verleugnen, aber daßelbe konnte uns auch nicht auf alle Zeiten festlegen, zumal die Verhältnisse sich geändert hatten. Falsch ist auch die Behauptung, wir hätten die Buren preisgegeben. Wir hatten doch kein Protektorat über die Buren! Ich bin nicht Minister in Pretoria, sondern in Berlin, und habe die deutschen Interessen zu wahren. Man hält uns die öffentliche Meinung entgegen: ich achte sie, sie ist der Strom, der die Räder treiben soll. Wenn dieser Strom aber die Räder in falscher Richtung treiben will, dann müssen wir uns dagegen stemmen. Es giebt auch andere Ansichten als die des Alldeutschen Verbandes; es hat auch die öffentliche Meinung nicht immer das Richtige getroffen, das hat kein anderer als Fürst Bismarck schon bewiesen. Der Standpunkt des Sittenrichters kann für uns ebensowenig maßgebend sein wie der des Bierbankpolitikers. Ich achte den Idealismus des Abg. Hasse; es ist ein schönes Erbtheil des deutschen Volkes; der Idealismus darf aber nicht die Sicherheit der Zukunft des Volkes stören, für diese werde ich allezeit eintreten. (Beifall.)

Staatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. Richthofen theilt mit, daß allerdings die Firma Ehrhardt in Düsseldorf Gewehrlieferungen abgeschlossen und abgesandt habe, daß aber die Regierung sofort dagegen eingeschritten sei. Bezüglich der Ausweisung Deutscher aus Transvaal habe die deutsche Regierung bei der englischen Vorstellungen erhoben. Im übrigen seien die Beschwerden über die Ausweisung nicht in allen Fällen gerechtfertigt.

Abg. Bebel (Soz.) bleibt dabei, daß die Zurückweisung Krügers nicht gerechtfertigt gewesen ist, und wendet sich sodann zu den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, bezüglich der 12000 Mark-Affäre. Nächste Sitzung morgen.

Ausland.

Der Papst erwiderte auf einen Versuch, ihn zu einer Kundgebung für den Präsidenten Krüger und die Buren zu bewegen, er habe für Krüger alle möglichen Sympathien, werde aber jeden Akt vermeiden, der in England Anstoß erregen könnte.

Kaiser Franz Joseph empfing gestern in Wien den preußischen General von Hülsen-Häseler in besonderer Audienz. Der General überreichte im Auftrag des deutschen Kaisers den Interimsmarschallstab. Später empfing der Kaiser den bayrischen Obersten Poppel, der sich dem Monarchen als neuen Kommandeur des 18. bayerischen Infanterie-Regiments vorstellte, das den Namen des Kaisers trägt. Abends vor der Hoftafel empfing der Kaiser den deutschen Militärattaches Rittmeister von Bülow in besonderer Audienz.

Das englische Unterhaus nahm nach längerer Debatte den Heeres-Nachtrags-Etat mit 286 gegen 8 Stimmen an. Der Kanzler der Schatzkammer, Hicksbeach, ersuchte das Haus um die Ermächtigung, elf Millionen Pfund Sterling aufzunehmen, entweder durch auf die Kriegsanleihe gezogene Schatzbonds oder durch die Ausgabe von Schatzwechseln, um sich Mittel zur Deckung des Nachtragsetats von 16 Millionen Pfund Sterling zu verschaffen. Er habe bereits die Anleihe-Vollmacht über 5 Millionen Pfund, von der er noch keinen Gebrauch gemacht habe. Vor dem Februar hoffe er keiner neuen Anleihe-Vollmacht zu benöthigen. Die Resolution wird angenommen.

Die italienische Kammer verwarf nach einer längeren Ausführung des Ministerpräsidenten Saracco einen von Bovio namens der äußersten Linken eingebrachten Antrag, daß die italienischen Truppen aus China, wo die Civilisation verletzt worden sei, zurückberufen würden, in namentlicher Abstimmung mit 196 gegen 87 Stimmen.